

Kleine Anfrage 1569

des Abgeordneten Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Befürchteter unkontrollierter Wildwuchs bei der Planung, Genehmigung und Errichtung von Windenergieanlagen (WEA)

Zusehends erhöht sich die Anzahl geplanter bzw. errichteter Windkraftanlagen. Dabei geraten auch immer mehr Waldgebiete und Landschaftschutzgebiete ins Visier von Investoren und Planern. Daher wenden sich Bürger mit der Sorge vor der zunehmenden „Verspargelung“ der Landschaft und der weiteren Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bürger an zahlreiche Landtagsabgeordnete. Seit über 8 Jahren befassen sich die entsprechend dem Raumordnungsgesetz und dem Gesetz zur Einführung der Regionalplanung gebildeten fünf Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG) fast ausschließlich mit Teilplänen zur weiteren Ausweisung von Windenergieeignungsflächen. Diese Einschränkung widerspricht den Rechtsgrundlagen zur Pflichtaufgabe der Regionalplanung: Regionalpläne als integrierte Pläne zu erarbeiten, die alle regionalplanerisch steuerbaren Inhalte umfassen (z. B. Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Wirtschaft, Verkehr, Bildung, Natur- und Kulturlandschaftsraum).

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie rechtfertigt die Landesregierung die einseitige Ausrichtung der Regionalen Planungsgemeinschaften auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten?
2. In welchem Umfang sind das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umweltschutz und Landwirtschaft (MLUL), das jetzige Landesamt für Umwelt (LfU) als Aufsichtsstellen auch für die Inhalte der Regionalen Teilpläne und auch für die konkreten Genehmigungen für den Bau von WEA verantwortlich?

Für die Neuausweisung von Eignungsgebieten und für die Genehmigung von Bauanträgen wird in einigen Fällen u. a. folgende raumordnerische Begründung vorgebracht: „... *da die Umgebung bereits von raumbedeutsamen WEA geprägt ist und die Landschaft dadurch nur noch mittleren oder geringen Wert hat, steht der Ausweisung neuer Eignungsgebiete eben dort und dem weiteren Bau neuer, meist noch größerer WEA nichts im Wege...*“ In den Kriterienkatalogen der RPG zur Windenergieplanung gibt es diesen Punkt aus nachvollziehbaren Gründen nicht.

3. Inwieweit ist diese Begründung mit den Vorgaben der Landesregierung und mit der Landesverfassung in Übereinstimmung zu bringen? Hält die Landesregierung eine solche Begründung für angemessen?
4. In welchen Genehmigungsverfahren seit 01.01.2009 wurde das geforderte gemeindliche Einvernehmen nach § 36 Abs. 1 BauGB durch die Genehmigungsverfahrensstelle (damaliges LUGV) entsprechend § 70 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) ersetzt? Bitte als tabellarische Übersicht mit Datum und betroffener Gemeinde angeben.
5. In welchen dieser Fälle lag das Einvernehmen von Gemeinden zum Bau von WEA vor und wurde nur deshalb ersetzt, weil der Investor mehr und größere Anlagen bauen wollte (und dann auch konnte), als z. B. durch geltende Flächennutzungspläne bzw. Bebauungspläne der Kommunen vorgesehen waren?

In mehreren Genehmigungsverfahren werden größere Höhen von WEA genehmigt, als ursprünglich von den Kommunen vorgesehen. Die damit verbundenen stärkeren Belastungen für die Anwohner werden mit „Aktueller Stand der Technik“ gerechtfertigt.

6. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass mit der Rechtfertigung „Aktueller Stand der Technik“ Vorgaben aus Flächennutzungs- bzw. Bebauungspläne zu Ungunsten der betroffenen Anwohner verändert werden dürfen?